

Fatal funktional?

Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus¹

Flüchtlingskrise, Unsicherheit auf öffentlichen Plätzen, gefährdeter sozialer Zusammenhalt – solche Stichworte prägen seit längerer Zeit die Mediendebatte in Deutschland. Zwar herrscht aktuell in der (ver)öffentlich(t)en Meinung, was die allgemeine Entwicklung der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik betrifft, reichlich Zuversicht. Und dennoch wirken diese Verhältnisse unruhig, wie nicht zuletzt der Aufstieg der sogenannten »Alternative für Deutschland« (AfD) nahelegt. Vielfach ist von sozialer Verunsicherung die Rede,² und immer wieder fällt das Stichwort Angst. Wenigstens in der Medienöffentlichkeit, teilweise aber auch in gesellschaftstheoretischen Analysen scheint der Terminus »mittlerweile zum gegenwartsdiagnostischen Kernbegriff avanciert«,³ bis hin zur Beobachtung einer »Gesellschaft der Angst«.⁴ Dass der Angstdiskurs floriert, zeigen nicht zuletzt neuere populärwissenschaftliche Abhandlungen zur Flüchtlingsthematik in Deutschland.⁵ Im Grunde geht es allerdings um ein internationales Phänomen jenseits der Flüchtlingsfrage: So sieht Wodak⁶ mit Blick auf Entwicklungen in mehreren europäischen Ländern die Ausbreitung einer »Politik mit der Angst«, durch die rechtsautoritäre Kräfte gegen Eliten und Minderheiten mobilisieren. In eine ähnliche Richtung weist die öffentliche Diskussion zum Ausgang der letzten Präsidentschaftswahlen in den USA beziehungsweise zu jener »American Angst«,⁷ die viele als wahlentscheidend bewertet haben.

Nun werden gesellschaftliche Entwicklungen schon immer auch durch die Be- und Verarbeitung von Angstzuständen moderiert, und es fällt nicht leicht, zu klären, ob angstförmige Gefühlslagen heute in neuer Weise zutage treten oder wir es lediglich mit einer modischen »Geschwätzigkeit über das Fürchten« zu tun haben.⁸ Analysen

1 Wir danken zwei anonymen GutachterInnen sowie der Redaktion des *Leviathan* für wertvolle Hinweise bei der Abfassung dieses Artikels.

2 Vgl. Burzan 2014; Hepp et al. 2016.

3 Dehne 2017, S. 13, 66 ff.

4 Vgl. Bude 2014; ähnlich vgl. Bauman 2006.

5 So sehen Metz und Steeßlen (2016) letztere als Produkt eines mentalen Ausnahmezustands, den Eliten anzetteln, um eine nervöse Gesellschaft unter Kontrolle zu halten.

6 Vgl. Wodak 2016.

7 Vgl. *DIE ZEIT* vom 7. November 2016. www.zeit.de/2016/46/us-wahl-hillary-clinton-donald-trump (Zugriff vom 18.04.2017).

8 Vgl. so schon Kirsch 2005.

mit repräsentativen Daten zeigen ein vielschichtiges Bild: Sie verweisen auf gegenläufige beziehungsweise volatile Dynamiken,⁹ wobei vor allem die Strapazierung von Existenzgrundlagen in den »unteren Etagen« der Arbeitsgesellschaft sowie die »Statuspanik« in bestimmten Mittelschichtmilieus¹⁰ Beachtung gefunden haben. Sehr viel weniger ist bislang reflektiert worden, wie Ängste im Aufeinandertreffen von erlebten oder antizipierten Lebenslagen einerseits und institutionellen Einflüssen auf diese Lebenslagen andererseits *mobilisiert* werden. Der Begriff der Mobilisierung bezieht sich dabei sowohl auf quasi im Selbstlauf sozialen und institutionellen Wandels entstehende Verunsicherungen als auch auf Diskurse und Politiken, welche diese Verunsicherungen mit Bedrohungsszenarien unterfüttern.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei der Sozialstaat, der in vielerlei Hinsicht angstmäßig wirkt, zuletzt aber verstärkt mit solchen Szenarien »hantiert« hat. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass in einer Gesellschaftsformation, die sich als *liberalisierter Wohlfahrtskapitalismus* etikettieren lässt, die Mobilisierung von Ängsten als »formationsstabilisierender«, aber zugleich riskanter Katalysator entscheidender Reformpolitiken begriffen werden kann. Aus der Perspektive von Betroffenen schädliche Interventionen passieren gleichsam »entgiftet« den Filter der Wählerdemokratie und unterstützen die Motorik eines liberalisierten Wirtschaftsbetriebs – was für diese Gesellschaftsformation insofern *funktional* erscheint, als es nicht zur aktiven Infragestellung dieser Politik(en) kommt, obwohl die hohen Sicherheitserwartungen in der Bevölkerung etwas anderes erwarten ließen. Das Ganze könnte sich im weiteren Verlauf jedoch als *fatal* erweisen, weil bestimmte Angstzustände Prozesse sozialer Desintegration befördern, die dann auch auf das ökonomische Geschehen zurückwirken. Illustriert wird dieses Argument nachfolgend anhand des Umbaus der sozialen Absicherung gegen Arbeitslosigkeit sowie der (partiellen) Privatisierung der Altersvorsorge.

1. Liberalisierter Wohlfahrtskapitalismus und Angst

1.1 *Entsicherung als Legitimationsproblem?*

Spätestens seit den Anfängen des 20. Jahrhunderts basiert die soziale Ordnung westlicher Gesellschaften auf einer – mitunter unruhigen – Entente von Kapitalismus und Demokratie. Wie in Teilen der politischen Soziologie wiederholt hervorgehoben wurde, erfüllen dabei staatliche Interventionen immer *auch* die Funktion, kapitalistisches Wirtschaften durch die Förderung beziehungsweise den Erhalt menschlicher Arbeitskraft auf Dauer zu stellen, indem letztere markttauglich gemacht beziehungsweise »kommodifiziert« wird.¹¹ Insofern dienen und dienen solche Interventionen der *Systemintegration* westlicher Gesellschaften.¹² Die Interventionen (zum Beispiel arbeits- und sozialrechtliche Vorgaben) sicherten die Reproduk-

9 Vgl. Lengfeld, Ordemann 2016; Dehne 2017, S. 399 ff.

10 Vgl. Bude 2014, S. 60 ff., 83 ff.; Nachtwey 2016.

11 Klassisch vgl. Lenhardt, Offe 1977.

12 Im Sinne von Lockwood 1964.

tion von Humankapital und reagierten zugleich auf allgemein verbreitete Sicherheitsbedürfnisse – wobei es um Sicherheit auch im Sinne eines »subjektiven Zustands [...] der Furchtlosigkeit« geht.¹³

Insofern solche Bedürfnisse befriedigt werden, stützen die Interventionen den Legitimationshaushalt des Wohlfahrtskapitalismus und sind damit ein Vehikel zur Gewährleistung von *Sozialintegration*. Tatsächlich haben Staat und Gesellschaft auf die Signaturen der kapitalistisch geprägten Moderne – also die Kontingenz des Lebens, wachsende Erwartungen an beziehungsweise Spielräume für Selbststeuerung sowie die Erosion traditioneller Bindungen an Familien und Gemeinschaften – mit Programmen reagiert, die mögliche Existenz- oder Zukunftsängste eindämmen.¹⁴ So entstand ein Gefüge sozialstaatlicher Institutionen, welches weite Teile der Bevölkerung vor den Unbilden kapitalistischen Wirtschaftens wenigstens teilweise abschirmte. Die diversen Hilfe- und Transfersysteme wirkten *dekommodifizierend* – und erst dadurch avancierte die westliche Wirtschaftsordnung zum *Wohlfahrtskapitalismus*.¹⁵ Obgleich das entsprechende Sicherheitsversprechen alles andere als vollständig war,¹⁶ implizierte es vor allem nach 1945 für das Gros der deutschen Bevölkerung ein einigermaßen berechenbares Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe auch im Ruhestand, ferner die Vermeidung sozialer Abstürze in Folge reduzierter Arbeitsfähigkeit beziehungsweise Arbeitsmarktgängigkeit und nicht zuletzt eine gewisse Stetigkeit individueller Wohlfahrt, wozu auch die tarifpolitische Einhegung von Lohnbildungsdynamiken auf dem Arbeitsmarkt beitrug.

In diesem Arrangement hat es jedoch zuletzt *gravierende Umbauten* gegeben.¹⁷ Diese wurden von allen bislang an Bundesregierungen beteiligten Parteien mitgetragen und bilden insofern die normative Bezugsgrundlage eines relativ homogenen sozialpolitischen Establishments. Die nach der Jahrtausendwende vollzogenen Reformen haben für viele Erwerbstätige neue Risiken und ein höheres Potenzial für Statusgefährdung geschaffen. Durchgeführt wurden sie im Kontext eines sich bereits seit längerem vollziehenden Wandels sozialer Lebenslagen, der nicht zuletzt mit der Veränderung des Systems industrieller Beziehungen zusammenhängt. So schrumpfte die Reichweite tarifpolitischer Regulierungen, die vor einer marktopportunistischen Ausgestaltung von Beschäftigungsverhältnissen durch Arbeitgeber schützen.¹⁸ Auch breiteten sich Zonen der Erwerbsarbeit aus, in denen Menschen formal selbstständig beziehungsweise im Status der sozialversicherungsfreien Nebenbeschäftigung tätig sind, also weder über den Bewegungsspielraum klassischer UnternehmerInnen noch den Schutz konventionell abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse verfügen.

13 Kaufmann 2003, S. 78 f.

14 Ähnlich vgl. Hitzler 2004, S. 170; Bude 2014, S. 15.

15 Vgl. Esping-Andersen 1990.

16 So war die Schutzwirkung der erwähnten Institutionen auf männliche Alleinverdiener (*breadwinner*) fokussiert.

17 Für viele vgl. Lessenich 2013.

18 Selbst in Westdeutschland sind aktuell nurmehr 50 Prozent der abhängig Beschäftigten durch klassische Tarifverträge abgedeckt. Für viele vgl. Dingeldey et al. 2015.

Der deutsche Wohlfahrtskapitalismus des 21. Jahrhunderts ist folglich in spezifischer Weise *liberalisiert*: Nach dem Vorbild angelsächsischer, vor allem während der letzten Jahrzehnte ausgesprochen marktliberal organisierter Gesellschaften sind staatliche oder kollektivvertragliche Interventionen begrenzt und Schutzfunktionen klassischer Arbeitsmarktregulationen abgeschwächt worden. Das Ergebnis ist eine Revision von Einschränkungen der Marktabhängigkeit beziehungsweise eine Re-Kommodifizierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen: Die Marktposition der Arbeitsmarktparteien sowie – allgemeiner – die der Individuen im Wirtschaftssystem bestimmt wieder verstärkt über bestehende Wohlfahrtschancen, und zwar im und nach dem Erwerbsleben.¹⁹

Die Effekte dieser Entwicklung lassen sich auf den gemeinsamen Nenner der *Entsicherung* bringen²⁰ – wobei es unterschiedliche Konstellationen gibt. In dem, was sich pragmatisch als Unterschicht²¹ bezeichnen lässt, steht Entsicherung für den Ausschluss von Formen des Einkommenserwerbs, wie er zu einer berechenbaren Lebensperspektive oberhalb der Armutsgrenze erforderlich wäre; niedrige beziehungsweise unstete Einkünfte (zum Beispiel aus Scheinselbstständigkeit, befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit, unterbrochener Erwerbstätigkeit) führen zu geringeren Lohnersatzansprüchen im Falle der Arbeitslosigkeit und im Ruhestand. In der Mitte der Gesellschaft sind diese Ansprüche höher, und auch die aktuelle Lebensperspektive ist oft stabiler. Allerdings sind hier partielle Deprivationstendenzen erkennbar,²² und mit dem gewachsenen Druck zur Selbstvermarktung steigt das Risiko des Scheiterns auf dem Arbeitsmarkt²³ – und sei es nur beim eigenen Nachwuchs. Selbst in (arbeitsrechtlich beziehungsweise tarifvertraglich) geschützten Beschäftigungsverhältnissen gilt Sicherheit heute nicht mehr als »normal«;²⁴ Lebensplanungen sind deutlich erschwert.²⁵ Die *Möglichkeit* sozialer Abwärtsmobilität wird fassbarer, wenn infolge von Erwerbslosigkeit »Hartz IV« oder ein zukünftiger Statusverlust droht, zum Beispiel durch Arbeitslosigkeitsperioden im Erwerbsverlauf und niedrigere Renten oder Erträge aus der privaten Altersvorsorge.

Entsteht daraus für den zeitgenössischen Wohlfahrtskapitalismus ein *Legitimationsproblem*? Auf den ersten Blick spricht einiges dafür. Denn die Erwartungen an soziale Sicherheit beziehungsweise den Schutz gegen Marktrisiken bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.²⁶ Wenngleich die dazu vorliegenden Befunde in man-

19 Für viele vgl. Ludwig-Mayerhofer 2015; Bridgen, Meyer 2014.

20 Vgl. Heitmeyer 2012.

21 Wir nutzen diesen Begriff – angesichts der beobachtbaren »Verfestigung von Armut« (vgl. Groh-Samberg 2014) – lediglich als Chiffre zur Bezeichnung sozialer Lagen, die längerfristig armutsgefährdet sind.

22 Vgl. Grabka et al. 2016.

23 Vgl. Junge 2014; Haubl 2017.

24 Vgl. Hürtgen, Voswinkel 2014.

25 Vgl. Schimank 2015.

26 Für viele vgl. Heinrich et al. 2016.

cher Hinsicht uneindeutig und schichtspezifisch unterschiedlich markant sind,²⁷ legen sie insgesamt nahe, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das klassische Postulat sozialer Sicherheit *normativ* unangefochten bleibt. Die Erwartungshaltungen scheinen klar konturiert: Der *Staat* soll Erwerbsrisiken sowie den Ruhestand absichern; es besteht der Anspruch auf eine *planbare* Zukunft im Rahmen *gesicherter* Beschäftigung; und soweit es um Schicksalsschläge des Lebens geht, sollen *Solidargemeinschaften* Betroffenen beistehen. Die oben skizzierten Entwicklungen scheinen dem zuwiderzulaufen; gleichzeitig lässt sich ein allgemeines Unbehagen bezüglich einer als unfair empfundenen Reichtumsverteilung beobachten.²⁸ Hier bahnt sich offenbar eine neue Version dessen an, was schon in den 1970er Jahren als Legitimationskrise im Spätkapitalismus²⁹ verhandelt wurde und auch in aktuellen Zeitdiagnosen eine gewisse Rolle spielt:³⁰ Die »Systemintegration« im eingangs umrissenen Sinne harmonisiert mit Liberalisierung, während im Hinblick auf die »Sozialintegration« Spannungspotenzial besteht.

Allerdings ist der Entsicherungsprozess von kaum jemandem ernsthaft infrage gestellt worden.³¹ Ein naheliegender Indikator dafür ist die mehrheitliche Zustimmung zu politischen Parteien, die diese Zumutungen für unvermeidbar halten. Das eingangs erwähnte Aufkommen der AfD könnte zwar als Indiz für ein »Aufbegehren« von Betroffenen³² gedeutet werden. Aber zum einen wird, sofern dem eine bewusste Reaktion auf die oben genannten Sicherheitsverluste zugrunde liegen sollte, diese Reaktion in ein Votum für die »einfache« Lösung der Deprivilegierung ethnischer Minderheiten umfunktioniert; zum anderen spielt die Kritik an Entsicherung in diesem Kontext kaum eine Rolle.³³

Dass das erwähnte Legitimationsproblem nicht unmittelbar virulent wird, erscheint mithin unter den aktuell gegebenen Vorzeichen durchaus erklärungsbedürftig. Prominente Deutungsangebote verweisen auf massive Individualisierungsschübe im Sozialgefüge postindustrieller Gesellschaften³⁴ oder auf einen »kapitalistischen Fortschritt«, bei dem »alle Gegenkräfte ausgeschaltet« worden sind – zum Beispiel Gewerkschaften oder gemeinschaftsförmige Milieus.³⁵ Oder sie betonen die Durchsetzung einer neuen Gouvernementalität in den Köpfen jener, die sich »selbst-

27 So befürworten Teile der Bevölkerung eine weniger großzügige Unterstützung von Langzeitarbeitslosen oder MigrantInnen. In Deutschland plädierte Ende 2015 nur ein Drittel der BürgerInnen für den (Wieder-)Ausbau von Leistungen der Grundsicherung im Falle von Erwerbslosigkeit; vgl. ebd., S. 23.

28 Vgl. Mau, Schöneck 2015; Heinrich et al. 2016.

29 Vgl. Habermas 1973; Lenhardt, Offe 1977.

30 Vgl. Kocka, Merkel 2015.

31 Kritik fand und findet sich lediglich in Teilen der Gewerkschaften sowie in Milieus, die der »Linken« nahe stehen.

32 Vgl. Nachtwey 2016.

33 Vgl. Foroutan 2016.

34 Vgl. Hitzler 2004.

35 Vgl. Streeck 2015, S. 107, S. 113.

regierend« und unternehmerisch auf permanente (Markt-)Unsicherheit einstellen.³⁶ Es kann hier nicht geprüft werden, wie überzeugend diese – hier nur stichwortartig zusammengetragenen – Erklärungsangebote im Einzelnen sind. Bei allen schwingt indes die Vorstellung eines wert- oder zweckrationalen Umgangs mit Entsicherung mit. Es geht um Grundhaltungen, Kräfteverhältnisse und Machtpolitiken. Weitgehend unbeachtet bleiben hingegen die dabei mobilisierten *Emotionen* – auf sie wird allenfalls *en passant* verwiesen als »weiche« Begleitumstände eines harten Strukturwandels. Möglicherweise gerät hier aus dem Blick, was den Übergang in den liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus wesentlich erleichtert hat und die Hin- nahme von Entsicherung maßgeblich befördert: der *Faktor Angst*.

1.2 Was macht Angst?

In der zeitgenössischen Soziologie wächst seit längerer Zeit die Aufmerksamkeit für die Rolle von Emotionen im gesellschaftlichen Leben,³⁷ wobei nicht zuletzt Gefühle der *Angst* zum Thema werden.³⁸ Geht es wie im vorliegenden Beitrag um Entsicherungspolitiken, ist leicht vorstellbar, dass solche Gefühle ins Spiel kommen. Zentral ist hier im doppelten Sinne, was Angst »macht«, das heißt was zu Ängsten führt und was diese bewirken. Um hier Orientierung zu gewinnen, kommt man nicht umhin, (sozial)psychologische Theoriebestände anzuzapfen – wengleich das Thema in Teilen der klassischen Soziologie sowie in gesellschaftsanalytisch orientierten Zeitdiagnosen durchaus eine Rolle spielt.³⁹

Diese Theoriebestände verweisen zunächst darauf, dass Angst (quasi ontogenetisch) als emotionaler Regulator im menschlichen Umgang mit Risiken und Gefährdungen fungiert. Ängste entstehen, wenn Individuen Bedrohungslagen nicht entweichen können⁴⁰ und unerwünschten beziehungsweise unvermeidbar erscheinenden (zukünftigen) Ereignissen gegenüberstehen, bei denen sich die Handlungsumwelt als unklar strukturiert und schwer beherrschbar erweist, also *geringe Kontrollchancen* bestehen.⁴¹ Als angstaussendend gilt zudem die *Ambiguität von Reizkonfigurationen*⁴² und hier vor allem eine Konstellation, in der Handlungsdruck vorliegt, aber Anhaltspunkte für ein zielführendes Vorgehen fehlen. Ängste spitzen sich zu, falls Bewältigungsstrategien versagen und für die mentale Verarbeitung von Bedrohun-

36 Vgl. unter anderem Sack 2014.

37 Für viele vgl. Kleres, Albrecht 2015.

38 Vgl. zur entsprechenden Debatte Rackow et al. 2012; Ahrens 2013; Dehne 2017; international: Bauman 2006; Furedi 2005; Laffan, Weiss 2012. Allerdings spielen Emotionen in Bezug auf *sozialstaatliche Institutionen* hier keine Rolle, abgesehen von Ausnahmen wie Becker, Gulyas 2012 oder Behrend 2013. Konzeptionell wird vielfach zwischen Angst, Furcht und Sorgen unterschieden, was wir im Weiteren aus Gründen einer stringenter Argumentation unterlassen.

39 Vgl. dazu die Überblicksdarstellungen bei Ahrens 2013 und Dehne 2017, S. 41 ff.

40 Vgl. Raymann 2005, S. 199.

41 Vgl. Rackow et al. 2012, S. 394.

42 Vgl. Vester 1991, S. 148 ff.

gen »in kognitiver wie sozialer Hinsicht keine [...] Schemata«⁴³ verfügbar sind. Sie korrespondieren gerade dann potenziell mit »Gefühlen der Überforderung«⁴⁴ – wobei diese dann umso stärker ausfallen, je weniger eine Person über Selbstbewusstsein und sozialen Halt verfügt.

Die Konsequenzen von Angsterfahrungen sind vielschichtig. Wahrscheinlich sind Reaktionen, die auf die Minimierung von Gefahren zielen – zum Beispiel dadurch, dass man Bedrohungen durch *Verhaltensanpassungen* aus dem Wege zu gehen versucht. Gewiss kommt es auf die Art der Ängste an: In seinem Überblick zu (soziologisch relevanten) Theorien der Angst unterscheidet Dehne⁴⁵ zwischen Ängsten, die aus einem Leiden an Unbestimmtheit resultieren (Kontingenzangst, im Rekurs auf Kirkegaards Philosophie), und solchen, die aus spezifischen Bedrohungen herrühren. Allerdings kann beides auch zusammenkommen: das Gefühl einer konkreten Bedrohung und die Wahrnehmung, die Zukunft sei deshalb weitgehend unbestimmt. *Passivität, Abstumpfung oder Lethargie* sind mögliche Folgen, wie psychoanalytisch orientierte Angsttheorien nahe legen.⁴⁶

Einen anderen Aspekt machen affekttheoretische Ansätze stark: Aus ebenfalls psychoanalytischer, zuletzt aber auch neurowissenschaftlich fundierter Perspektive wird Angst mit Dispositionen in Verbindung gebracht, die sich in Sozialisationsprozessen formen und unabhängig von Intentionen, Bedeutungen oder Überzeugungen wirksam werden, also präsubjektiv-körperliche Empfindungen darstellen.⁴⁷ Dabei unterscheiden sich Affekte von Emotionen darin, dass letztere persönlich artikuliert werden, während erstere einer kommunikativen Abklärung nicht zugänglich sind. Gleichzeitig verweisen sozialwissenschaftlich orientierte Affektstudien aber darauf, dass Gefühlsregungen oft keine vorsozialen Entitäten, sondern mit Kultur und Politik verwoben sind. Reckwitz⁴⁸ argumentiert, dass sich Individuen »affizieren« lassen – Affekte sind insofern sozial dynamisch und werden »in diskursiven Praktiken über eine entsprechende Thematisierung oder Problematisierung verstärkt oder abgeschwächt«, unter anderem durch Medientechnologien. Das kann zur *Übertragung von negativen Gefühlen in einen anderen emotionalen Respons* führen.⁴⁹

Insgesamt erscheint wesentlich, dass »Rahmenbedingungen, Anlaß, Erleben, Ausdruck und Bewältigung von Angst [...] kulturell kodiert«⁵⁰ sind. Das, was Menschen mit einer wachsenden Komplexität und Unbegreiflichkeit der Welt bei gleichzeitiger Zunahme von Informationen und Bildern über konkrete Gefahren und Bedrohungen (zum Beispiel Terrorismus, Klimawandel, chronische Krankheiten etc.) entge-

43 Ebd., S. 156.

44 So in Bezug auf Fremdenfurcht; vgl. Fritsche 1997.

45 Vgl. Dehne 2017, S. 23 ff.

46 Vor allem die in der Tradition der Freud'schen Psychoanalyse (vgl. dazu Tyson, Tyson 2012, S. 141 ff.).

47 Vgl. Massumi 2002, S. 23 ff.

48 Vgl. Reckwitz 2016, S. 107.

49 Vgl. Turner 2006, S. 286.

50 Vester 1991, S. 148; ähnlich Dehne 2017, S. 118 f.

gentritt, ist in höher entwickelten Gesellschaften vielfach Gegenstand bewusst und mit »guten Gründen« geschaffener institutioneller Arrangements (beispielsweise Sicherheitsvorkehrungen, Entschädigungssysteme etc.). Insoweit diese individuell nicht steuerbare Risiken kalkulierbar machen, wirken sie angstmindernd.

Umgekehrt können Veränderungen institutioneller Arrangements Ängste *mobilisieren*,⁵¹ zumal wenn sie unter Bedingungen eines gesellschaftlichen Wandels auftreten, der elementare soziale Risiken mit sich bringt, also etwa Menschen mit dem Gefühl konfrontiert, »jederzeit zu den Verlierern gehören zu können«⁵² und bereits Erreichtes wieder einzubüßen. Der Begriff der Mobilisierung bezieht sich hier einerseits auf *Verängstigungsdynamiken in individuellen Lebenszusammenhängen*, wie sie etwa in Zeitdiagnosen zur sogenannten flüchtigen Moderne beschrieben werden.⁵³ Grundlegend ist hier die permanente Furcht vor dem eigenen Scheitern⁵⁴ oder die Wahrnehmung, der Lebenslauf führe in einen Abwärtsstrudel.⁵⁵

Wesentlich erscheint, dass es sich bei solchen Gefühlen im Kern um *soziale* Ängste handelt. In der Psychologie steht der Begriff der sozialen Angst für persönliche Neigungen zur »Vermeidung von Kontakten mit anderen Menschen«, unter anderem in Erwartung von Bewertungen der Umwelt,⁵⁶ sowie für notorisches Unbehagen »angesichts einer bestehenden oder bevorstehenden interpersonellen Beziehung«.⁵⁷ Aus soziologischer Perspektive ist diese relationale Komponente im Prozess der Angstmobilisierung zentral: Für Neckel⁵⁸ manifestiert sich soziale Angst in Schamgefühlen und Schuldbewusstsein, wobei erlebte Statusdifferenzen oder Unterbeziehungsweise Überlegenheitsgefühle als wesentliche Angstursachen gelten. Solche Emotionen, so Neckel, erwachsen aus einer »defizitären Individualität«,⁵⁹ etwa im Falle längerer Arbeitslosigkeit. Bude⁶⁰ verweist ganz ähnlich auf die Bedeutung von Erwartungen anderer als »Quelle von sozialer Angst«.⁶¹

51 Ähnlich vgl. Raymann 2005.

52 Vester 1991, S. 19 ff.

53 Vgl. Baumann 2006.

54 Vgl. Wilkinson, Pickett 2009; Junge 2014; Haubl 2017.

55 Vgl. Nachtwey 2016.

56 Vgl. Stangier et al. 2006, S. 2 f.

57 Delhees 1994, S. 61.

58 Vgl. Neckel 1991, S. 44.

59 Ebd., S. 146.

60 Vgl. Bude 2014, S. 26.

61 Für die Bedeutung dieser sozialen Dimension von Verängstigungsdynamiken gibt es diverse empirische Anhaltspunkte: Wilkinson demonstriert, dass Angstgefühle aus wertenden sozialen Vergleichen hervorgehen und den Gesundheitszustand von Menschen beeinträchtigen. Anhut und Heitmeyer (2005, S. 75) zeigen, dass »Desintegrationsängste« Konfliktbereitschaften vor allem dann auslösen, wenn Anerkennungsverletzungen vorliegen. Hyll und Schneider (2016) haben in ihrer auf Umfragedaten beruhenden Studie belegt, dass – in Ostdeutschland nach dem Mauerfall – wirtschaftliche Unzufriedenheit und Hang zum Ausländerhass vor allem bei denen zusammenkommen, die befürchten, gegenüber Freunden und Nachbarn zukünftig schlechter dazustehen.

Andererseits können, wie Scherr⁶² aus kriminalsoziologischer Perspektive anmerkt, soziale Ängste dadurch akut werden, dass sie in einem spezifischen Risikokontext – konkret: »Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und die Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen«⁶³ – *diskursiv* beziehungsweise *politisch* mobilisiert werden. Dabei spielen öffentliche Kommunikationen eine zentrale Rolle. So hat Furedi⁶⁴ am Beispiel Großbritanniens und mit Bezug auf Lebensrisiken in Bereichen wie Ökologie, Gesundheit und Erziehung demonstriert, wie Verunsicherung im Hinblick auf die Steuerbarkeit des Lebens zum Einfallstor für eine »politics of fear« werden kann, bei der die mediale Verbreitung von Ängsten unter der Regie politischer Eliten gleichsam mechanische Verhaltensanpassungen in der Bevölkerung provoziert (Furedi spricht diesbezüglich von »Infantilisierung«).

In eine ähnliche Richtung weisen Theorien, die – hier mit Bezug auf die Durchsetzung sicherheitspolitischer Dispositive – unterstellen, dass das Gefühl kollektiver (Un-)Sicherheit aus einem politisch gestalteten Prozess hervorgeht. In dessen Verlauf gelingt es einflussreichen Sprechern, ein Sicherheitsproblem diskursiv als real zu definieren und Gegenmaßnahmen als unumgänglich zu präsentieren⁶⁵ – obwohl objektiv von dem angeblichen Problem keine Gefahr ausgeht. Diese eigentlich auf außenpolitische Zusammenhänge bezogene Analyse beschreibt die Realisierung institutioneller Arrangements gegen mögliche oder für möglich erklärte Gefahren qua »Versicherheitlichung (*securitization*) und kann insofern auch auf Politikmaßnahmen übertragen werden, die sich auf die Gefährdung des kollektiven (sozialen) Wohlstands beziehen.

Diskursiv vermittelte Angstmobilisierung wird auch in den erwähnten Affektstudien zum Thema: Hier gelten Gefühle immer *auch* als ein Politikum. Diesbezüglich wird unter anderem die These vertreten, dass bestimmte politische Botschaften wegen der durch sie mobilisierten Affekte und nicht wegen ihrer Inhalte Wirkung zeigen.⁶⁶ Gerade weil Affekte Kognitionen vorausgehen, sie sich von artikulierbaren Emotionen unterscheiden und den genannten Übertragungstendenzen Vorschub leisten, bergen sie – so die Quintessenz – ein unberechenbares Potenzial an Folgewirkungen.

2. Entsicherung als Angstmobilisierung: Indizien und Fallbeispiele

2.1 Wegmarken aus der bisherigen Sozialforschung

In den zeitgenössischen Sozialwissenschaften finden sich verschiedene Forschungsstränge, die das *Verhältnis zwischen Entsicherung und Angst* betreffen. So gibt es

62 Vgl. Scherr 2014.

63 Ebd., S. 4.

64 Vgl. Furedi 2005.

65 Buzan et al. 1998, S. 20.

66 Vgl. Massumi 2002. Dies ist ein Aspekt, der im Zusammenhang mit der Debatte über »postfaktische« Formen der politischen Interessenvermittlung zuletzt starke Aufmerksamkeit erfahren hat (vor allem am Beispiel des US-Wahlkampfes 2016).

Befragungen, die dieses Verhältnis allgemein ausleuchten,⁶⁷ einzelne Umfragen erheben überdies, wie die Zukunft der sozialen Sicherheit eingeschätzt wird. Einer neueren Studie zufolge geht immerhin ein Viertel der (repräsentativ befragten) BundesbürgerInnen davon aus, im Falle von Erwerbslosigkeit sowie im Rentenalter über eine »nicht ausreichende Absicherung« zu verfügen.⁶⁸ Ferner zeigt eine repräsentative Querschnittsuntersuchung des Wissenschaftszentrums Berlins für Sozialforschung (in Kooperation mit *DIE ZEIT* und Infas) zu basalen Zukunftserwartungen der Bevölkerung, dass diese eher skeptisch ausfallen: Ausgegangen wird von abnehmender Arbeitsplatzsicherheit, einem Zurückgehen des »Wir-Gefühls« oder auch einer Entsolidarisierung im Bereich der Gesundheitsversorgung.⁶⁹ In einer Zusammenschau von Befunden aus dem Sozio-oekonomischen Panel kommt Dehne⁷⁰ zu dem Befund, dass mit eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängende Sorgen in den letzten Jahrzehnten angewachsen sind, diese aber mit steigendem Einkommen, höherer Bildung und besserem Sozialstatus geringer werden.⁷¹ Existenzielle Sorgen stehen in einer engen Beziehung zum Einkommen, wobei sie zugleich von persönlichen Angstneigungen abhängen. Die Zusammenschau verweist zudem auf eine positive Korrelation zwischen der Wahrnehmung begrenzter Kontrollkompetenzen und größerer Angsthäufigkeit. Im Hinblick auf Zukunftssorgen scheinen materielle – und damit auch sozialstaatlich vermittelte – Lebensbedingungen also bedeutsam, wenngleich solche Sorgen auch unabhängig von sozio-ökonomischen Einflüssen auftreten.

Vor allem zwei Phänomene sind in den letzten Jahren sozialwissenschaftlich ausführlicher behandelt worden: Abstiegsängste in der Mitte der Gesellschaft sowie Existenzkämpfe in oder am Rande der Unterschicht. Was Ersteres betrifft, so konnten Lengfeld und Hirschele⁷² für einen Teil der Mittelschicht bis etwa 2007 wachsende Abstiegsängste nachweisen, was sie nicht zuletzt mit der Sichtbarkeit von Prekarisierungstendenzen in unteren sozialen Lagen erklären. In einer Nachfolge-Studie finden Lengfeld und Bordemann⁷³ allerdings wieder einen Rückgang solcher Ängste. Zudem fallen empfundene Bedrohungen und objektive Betroffenheiten teil-

67 So war das Thema »Angst« Gegenstand des ARD-Deutschlandtrends im März 2016 oder einiger Befragungen von Allensbach (vgl. etwa *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. Januar 2016). Zu nennen sind zudem die seit 1992 im Auftrag der R+V Versicherung durchgeführten »Angststudien« (vgl. www.ruv.de; Zugriff vom 22.02.2017): Diese behandeln konkrete Zukunftssorgen, zum Beispiel Einkommenseinbußen im Alter (die 2015 von 37 Prozent der Befragten befürchtet wurden) oder die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit (die im Trend zwar zuletzt rückläufig war, doch bis heute bei einem der Drittel der Befragten als »groß« beschrieben wird).

68 Vgl. Heinrich et al. 2016, S. 20.

69 Vgl. zu den Ergebnissen der sogenannten »Vermächtnisstudie« zum Beispiel *DIE ZEIT* vom 18. Februar 2016 sowie vom 3. März 2016.

70 Vgl. Dehne 2017, S. 405 ff.

71 Ähnlich vgl. Heitmeyer 2012, S. 24.

72 Vgl. Lengfeld, Hirschele 2009.

73 Vgl. Lengfeld, Ordemann 2016.

weise auseinander. Bei vielen »objektiv« wenig abstiegsbedrohten Menschen geht es offenbar um *subjektive* Wohlstandssorgen und abstraktere »Ängste vor Sicherheitsverlusten«. ⁷⁴ Einschätzungen zur möglichen Entwicklung der eigenen Lage, die aus der Beobachtung des sozialen Abstiegs anderer stammen, scheinen in jedem Fall bedeutsam.

Qualitative Untersuchungen legen nahe, dass die Furcht vor sozialer Abwärtsmobilität bei jenen Gruppen besonders ausgeprägt ist, die noch als integriert gelten können, aber – weil sie sich an der Grenze zur Unterschicht bewegen – diesbezüglich »etwas zu verlieren haben«. ⁷⁵ Zukunftssorgen finden sich überdies bei einem Teilerer, die sich noch nicht innerhalb der Zone der Normalarbeit verankert fühlen. ⁷⁶ Angst herrscht nicht zuletzt in Existenzkämpfen am untersten, besonders ungeschützten Rande der Arbeitsgesellschaft: Wie Bude anhand von Feldstudien illustriert, ⁷⁷ sind dort Beschäftigte nicht selten einem Dauerstress ausgesetzt, bei dem sich Arbeitsdruck durch Vorgesetzte oft nur durch riskante »Trickmanöver« bewältigen lässt.

Es ist offensichtlich, dass es Verängstigungspotenziale in verschiedenen sozialen Gruppen gibt. Was *Begleitumstände* beziehungsweise *Folgen* der entsprechenden Dynamiken betrifft, so sind die Befunde inkonsistent. Die Forschung konzentriert sich hier bislang auf Phänomene wie Gewaltbereitschaft und fremdenfeindliche Haltungen. Einerseits lassen jüngere Studie vermuten, dass letztere andere Hintergründe haben als erwartete oder erlebte soziale Deprivation. ⁷⁸ Laut einer neueren qualitativen Untersuchung zu Motiven von PEGIDA-DemonstrantInnen ⁷⁹ dominiert bei diesen weniger die Angst vor »materieller Benachteiligung oder einem drohenden sozialen Abstieg in der Zukunft, sondern vielmehr das diffuse Gefühl vermeintlicher kultureller Enteignung und politischer Entfremdung«. ⁸⁰ Andererseits zeigt eine viel beachtete Paneluntersuchung zu Aggressionspotenzialen in Deutschland, dass eine als bedrohlich empfundene Entsicherung der eigenen Lebenslage oft positiv mit Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Aversionen gegenüber Randgruppen sowie mit einer auf diese gerichteten Gewaltbereitschaft korreliert. ⁸¹ Überdies findet sich bei denen, die zwar Arbeit haben, diese aber als notorisch unsicher erfahren, die Neigung, Respektabilität dadurch zu bewahren, Ressentiments gegen

74 Mau 2012, S. 97; vgl. auch Burzan 2014 sowie Erlinghagen, Lübke 2015, hier mit Blick auf Arbeitsplatzsicherheit.

75 Dörre 2006, S. 9.

76 Vgl. Weber 2015, S. 117 ff. Für junge ArbeitnehmerInnen ist Beschäftigungsunsicherheit beim Berufseinstieg seit längerem der Normalfall – und bei nicht wenigen mehr als ein Übergangsphänomen (vgl. Fregin 2013).

77 Vgl. Bude 2014, S. 83 ff.

78 Vgl. Foroutan 2016.

79 Vgl. Vorländer et al. 2016.

80 Ebd., S. 123.

81 Vgl. Heitmeyer 2012; ähnlich Hofmann 2016 sowie Sommer 2010.

unter ihnen positionierte soziale Gruppen (die »Hartzer«) zu pflegen.⁸² Gut belegt ist zudem, dass Sympathisanten rechtspopulistischer Parteien sich besonders stark von der Globalisierung bedroht fühlen,⁸³ wobei materielle Sorgen sich mit diffusen Überfremdungängsten mischen. Das passt zu Befunden von Dehne,⁸⁴ wonach sich die Furcht vor einer Destabilisierung der sozio-kulturellen Ordnung eher bei bildungsfernen Bevölkerungsschichten findet – also denen, die möglicherweise ahnen, dass vor allem sie irgendwann als Globalisierungsverlierer enden könnten.

2.2 Zwei Fallstudien: Reformen am Arbeitsmarkt und bei der Alterssicherung

Angstmobilisierung und Reformen am Arbeitsmarkt

Mit den großen Arbeitsmarktreformen Anfang der 2000er Jahre sind maßgebliche Grundprinzipien des Systems sozialer Sicherung verändert worden. Diese betreffen vor allem die Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit sowie die Vermittlung in Erwerbsarbeit. Wesentlich war die Schwächung der im deutschen Sozialversicherungsmodell geltenden Norm der Statussicherung bei Erwerbslosigkeit in Verbindung mit der Stärkung des Bedürftigkeitsprinzips im Instrument der »Grundsicherung für Arbeitsuchende«⁸⁵ (SGB II), welche für viele die statusbezogene Arbeitslosenhilfe ersetzte. Entscheidende Stellschrauben waren die Verengung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung, die Verkürzung und Pauschalierung der Regelbezugsdauer auf zwölf Monate, verschärfte Zumutbarkeits- und Sperrzeitenregelungen und eine auf schnelle Vermittlung zielende Praxis der Arbeitsverwaltung.⁸⁶

Geht man von den oben skizzierten Befunden zum Zusammenhang zwischen Zukunftssorgen und materiellen Bedrohungen des eigenen Sozialstatus aus, so bergen diese Umstellungen ein beträchtliches Angstpotenzial. Die dargelegte *Veränderung des institutionellen Arrangements* führt relativ schnell zu einem Absturz auf das materielle Existenzminimum und zur Konfrontation mit einem Unterstützungssystem, welches mittlerweile für die Mehrheit (ca. 75 Prozent) aller (registrierten) Arbeitslosen wie auch für die erwerbstätigen sogenannten Aufstocker zuständig ist. Verbunden ist dies mit der Aussicht auf die Zuweisung in ungesicherte und oft gering entlohnte Beschäftigung ohne Rücksicht auf individuelle Qualifikationen, Berufserfahrungen oder gar persönliche Präferenzen. Zugleich drohen tiefe Eingriffe in die private Lebensführung und Selbstbestimmung. Gefordert wird die Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des gesamten Haushalts (inklusive unverheirateter PartnerInnen und erwerbsfähiger Kinder), der Verzehr erworbener Sparguthaben (inklusive Kapitallebensversicherungen) bis auf geringe Freigrenzen, gege-

82 Vgl. Gefken et al. 2015.

83 Vgl. Hoffmann 2016.

84 Vgl. Dehne 2017, S. 422 f.

85 Wir setzen hier Anführungszeichen, da es umstritten ist, ob das politisch gesetzte ALG-II-Leistungsniveau tatsächlich eine Grundsicherung gemäß soziokultureller Mindeststandards gewährleistet (vgl. Promberger, Lobato 2016).

86 Vgl. Bothfeld, Rosenthal 2014.

benenfalls ein Umzug aus einer zu teuren und zu großen Wohnung⁸⁷ sowie die volle Verfügbarkeit der Arbeitskraft auch von LebenspartnerInnen, um die Hilfebedürftigkeit des Haushalts (einschließlich etwaiger Stiefkinder bis zum 25. Lebensjahr) zu verringern beziehungsweise zu beenden. Mit dieser Aktivierungsagenda geraten die zu »Kunden« der Arbeitsagenturen beziehungsweise Jobcenter deklarierten Arbeitslosen in eine Situation permanenter Verunsicherung, denn das hochkomplizierte Reglement (beispielsweise Zuweisung in Maßnahmen, Leistungsbescheide, Sanktionspraxis) sowie die Ermessensspielräume der SachbearbeiterInnen (auch bezüglich etwaiger »Aktivierungsleistungen«) schaffen Räume für unkontrollierbare Willkür. Die Aktivierung greift dabei (potenziell) auch auf Bezugspersonen über: Die »Mitwirkungspflichten« von Mitgliedern bestehender Bedarfsgemeinschaften können nämlich in der »Eingliederungsvereinbarung« festgeschrieben und deren Verletzung kann mit der Kürzung der das Existenzminimum sichernden Leistungen sanktioniert werden.

Im Hinblick auf die *Diskurse*, die all diese Umstellungen unterfüttert haben, ist augenfällig, dass Politiker, prominente WissenschaftlerInnen (vor allem Ökonomen) sowie diverse Leitmedien der Öffentlichkeit fortwährend zu vermitteln versuchten, dass ein »überbordender Sozialstaat« sowie ein »starrer Arbeitsmarkt« die Wettbewerbsposition der deutschen Volkswirtschaft gefährde und deshalb gehandelt werden müsse.⁸⁸ Den Kontext solcher Diskurse im Vorfeld der oben genannten Arbeitsmarktreformen bildete eine schon länger bestehende und medial breit diskutierte Atmosphäre »allgemeiner Verunsicherung«, in der die »Angst vor Arbeitsplatzverlust«⁸⁹ grassierte. Die die Reformen begleitenden Botschaften der politischen Eliten griffen dieses Klima auf. Symptomatisch dafür ist die berühmte, im März 2003 gehaltene Bundestagsrede des damaligen Kanzlers Schröder, in der er sein Projekt der »Agenda 2010« begründete: »Entweder wir modernisieren, [...] oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden. [...] Der Umbau des Sozialstaats und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. [...] es wird unausweichlich nötig sein, Ansprüche und Leistungen zu streichen [...], die schon heute die Jüngeren über Gebühr belasten und unserem Land Zukunftschancen verbauen.«⁹⁰ Hier wurde eine massive Drohkulisse errichtet, die umfassendere Wohlstandseinbußen im Fall einer Reformverweigerung in Aussicht stellte und durch die Angst vor Sicherheitsverlusten untermauert wurde.

Angstmobilisierung erfolgte hier auch in anderer Hinsicht – der Sozialstaat sollte gegen »Trittbrettfahrer« verteidigt werden: »Es gibt kein Recht auf Faulheit in

87 Die »Angemessenheit« der Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II, die in der »Grundsicherung« übernommen werden, wird in den entsprechenden Richtlinien definiert aus dem Produkt der maximal angemessenen Wohnfläche und dem maximal angemessenen Quadratmeterpreis.

88 Vgl. Hassel, Schiller 2010 sowie Butterwegge 2015 mit zahlreichen Nachweisen.

89 *DIE ZEIT* 46/2002.

90 Deutscher Bundestag 2003, S. 2481 ff.

unserer Gesellschaft«,⁹¹ erklärte Schröder in einem viel beachteten Interview schon im Vorfeld der Arbeitsmarktreformen. Diese normative Einbettung des Aktivierungsregimes sowie eine mit ihr einhergehende, angeblichen Leistungsmissbrauch anprangernde Medienkampagne⁹² hat den Arbeitslosigkeitsstatus (weiter) delegitimiert und ihn damit zugleich bedrohlicher gemacht. Stigmatisierung wird zu einem zusätzlichen »Angstfaktor«.

Zu berücksichtigen ist, dass die Aktivierungsagenda ihre Angst mobilisierende Wirkung in einem sukzessive deregulierten Arbeitsmarkt⁹³ entfaltet, welcher schon vor den beschriebenen Reformen vermehrt prekäre soziale Lagen produzierte. Mittlerweile erstreckt sich der Niedriglohnsektor auf ein knappes Viertel der Gesamtbeschäftigung und geht mit einer starken Lohnspreizung nach unten einher.⁹⁴ Atypische führt selten in reguläre Beschäftigung, vielmehr erzeugt sie strukturelle Deprivilegierung. So sind atypisch Beschäftigte von Weiterbildung weitgehend ausgeschlossen, verdienen weniger, erwerben seltener und niedrigere Ansprüche in der Arbeitslosenversicherung, werden häufiger (wieder) beschäftigungslos und fühlen sich gesellschaftlich schlechter integriert als unbefristet Beschäftigte.⁹⁵ Insofern stellt das Abrutschen in diesen Sektor ein beängstigend realistisches Szenario dar.

Die Segmentierung⁹⁶ des Beschäftigungs- und Sicherungssystems hat zugleich Auswirkungen auf Normalbeschäftigte⁹⁷ – was auf ein weiteres Moment von Angstmobilisierung verweist. Tatsächlich bestehen in dieser Gruppe (wenn auch konjunkturbedingt zuletzt in geringerem Maße) subjektive Ängste vor einem Jobverlust und damit verbundenen Einkommenseinbußen: Rund ein Drittel der ArbeitnehmerInnen empfindet laut einer Studie von Erlinghagen und Lübke⁹⁸ ein Gefühl chronischer Unsicherheit, unabhängig davon, ob objektiv prekäre Beschäftigungsbedingungen vorliegen oder nicht. Dabei scheinen die Befürchtungen dort, wo das Arbeitsverhältnis unsicher und sozialer Abstieg in Sichtweite ist, besonders drama-

91 *Bild* vom 6. April 2001.

92 Vgl. Kaufmann 2013; Butterwegge 2015.

93 Der bereits seit den 1990er Jahren stattfindende Abbau von Sicherungsstandards (Destandardisierung) abhängiger Erwerbsarbeit wurde im Zuge der oben genannten Arbeitsmarktreformen vorangetrieben. Unter anderem gab es erweiterte Erleichterungen für die Möglichkeiten des Einsatzes »atypischer« Beschäftigungsformen (Leiharbeit, befristete, Teilzeit- und geringfügig entlohnte Beschäftigung) sowie einen Abbau des Kündigungs- und Sozial(versicherungs)schutzes (vgl. Knuth 2014).

94 Vgl. Kalina, Weinkopf 2015.

95 Vgl. Gundert, Hohendanner 2011.

96 Vielfach wird auch von »Dualisierung« gesprochen, was aber in bestimmter Hinsicht verkürzt erscheint: Auch die neueren Versionen dieser Diagnose (vgl. etwa Palier, Thelen 2010) beschreiben zwar relevante Segmentierungssymptome, ignorieren aber Durchlässigkeiten in Übergangszonen zwischen Segmenten sowie segmentübergreifende Dynamiken institutioneller Re-Kommodifizierung.

97 Vgl. zum Beispiel Erlinghagen 2010.

98 Vgl. Erlinghagen, Lübke 2015.

tisch: Hier herrscht mitunter »die pure Angst, womöglich schon bald selbst betroffen zu sein«. ⁹⁹

Betrachtet man die *subjektive Verarbeitung* dieser Ängste, so zeigt sich für den Bereich der stabil Beschäftigten, dass Jobs immer seltener freiwillig gewechselt werden ¹⁰⁰ – obwohl die Arbeitszufriedenheit abnimmt und sich vor allem die psychische Gesundheit der Beschäftigten verschlechtert. ¹⁰¹ Das Wissen um Statusverlustgefahren hat offenbar disziplinierende Effekte: Sie befördert die Bereitschaft zu Lohnverzicht sowie Konzessionen bezüglich der Hinnahme belastender Arbeitsbedingungen. ¹⁰² Dies gilt umso mehr für die »Zone der Prekarität« ¹⁰³ zwischen »gesichert« und »ganz unten«: In dieser durch die »Stabilität des Instabilen« ¹⁰⁴ charakterisierten Sphäre wird offenbar alles versucht, um den Absturz in »Hartz IV« als einem »gesellschaftlichen Status unterhalb einer Schwelle der Respektabilität« ¹⁰⁵ zu vermeiden – denn die Abhängigkeit von Transferleistungen wird hier als eine »zumindest latente Bedrohung individueller Autonomie« erfahren. ¹⁰⁶

Befunde der Armutsforschung zeigen, dass bei Personen, die dieser Zone angehören, stigmatisierende öffentliche Diskurse sowie die »institutionalisierte Beschämung« zu Selbstabwertung und (Angst vor) Scham führen können. ¹⁰⁷ Ein etwaiges Ansinnen, der Aktivierungsagenda entgegenzutreten, wird somit entmutigt. Denn für Stigmatisierte ist der Ruf nach sozialen Rechten aussichtslos. Viele Betroffene scheinen sich notgedrungen auf den »Verhaltenskanon eines kommodifizierten Subjekts« ¹⁰⁸ einzurichten, also auf die Zumutung minderwertiger Beschäftigungsverhältnisse und Deprivilegierung verfestigender »Drehtürenkarrieren«, bei denen man im Kreislauf von Arbeitslosigkeitsperioden und prekären Jobs ohne Aufstiegschancen verharret. Mithin erzeugt das Aktivierungsregime (trotz individueller Widerstände gegen einzelne Verwaltungsakte) grundsätzlich *Akzeptanz*: Die Unterschicht veranlasst es, sich auf die genannten Anpassungsleistungen zu konzentrieren, während in Zonen stabil(er)er Beschäftigung Konzessionsbereitschaft befördert wird.

Einmal arbeitslos, können Ängste dann zum ständigen Begleiter werden. In der Tat verweisen Studien auf eine von Ausgrenzungserfahrungen und Perspektivlosigkeit geprägte Gemütslage von Hartz-IV Beziehenden. ¹⁰⁹ Das gilt in spezifischer Weise für Erwerbslose, die *keine* Leistungsansprüche haben. Ängste vor dem finanziellen Aus für den Fall, dass in absehbarer Zeit kein Arbeitsplatz gefunden wird

99 Vgl. Schrep 2008, S. 222.

100 Vgl. Knuth 2014.

101 Vgl. Lohmann-Haislah 2012.

102 Vgl. Kettner, Rebien 2011.

103 Vgl. Castel 2008.

104 Vgl. Grimm et al. 2013, S. 259.

105 Vgl. Dörre 2010, S. 300.

106 Dörre et al. 2013, S. 373.

107 Vgl. Salentin 202; Becker, Gulyas 2012.

108 Fehr 2016, S. 165.

109 Vgl. Ames 2007; Jukschat 2016.

und noch bestehende Sparguthaben aufgebraucht sind, verbinden sich mit dem Gefühl, die eigenen Chancen nicht aus eigener Kraft verbessern zu können und als Nichtleistungsbeziehende Arbeitslose zweiter Klasse ohne institutionelle Unterstützung zu sein.¹¹⁰

Dass Ängste vor Kontroll- beziehungsweise Autonomieverlusten im Kontakt mit der Arbeitsverwaltung bedeutsam sein können, zeigen auch jene Versuche, deren Zugriff mit durchaus großen Opfern zu *entgehen*. In einem kürzlich abgeschlossenen Forschungsprojekt zu Erfahrungen von Arbeitslosen ohne Leistungsanspruch¹¹¹ fanden Betzelt et al. Befragte, die bestehende Rechte *nicht realisierten*, um das Stigma der Hilfebedürftigkeit zu vermeiden und sich von ihm abzugrenzen. Symptomatisch dafür ist der Fall einer osteuropäischen Migrantin: Sie beschreibt Begegnungen mit dem Vorurteil, Osteuropäer kämen nur nach Deutschland, um Sozialleistungen zu beziehen. Diesem Stigma will sie ausweichen: Sie sei »zu stolz«, um Transfers zu beziehen, und nimmt stattdessen die ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehemann in Kauf – auch wenn dies ihrem eigenen Autonomieanspruch widerspricht, denn: »ich mag mein eigenes Gewicht zu ziehen in der Kutsche«. Dies folgt dem Ideal des aktiven Erwerbsbürgers, der sich auch unter prekären Bedingungen nicht von staatlichen Hilfen abhängig macht.

Für den Einfluss dieses Ideals sprechen auch international vergleichende Befunde, die zeigen, dass in Deutschland ein relativ starker positiver Zusammenhang zwischen Niedrigeinkommen und privater Verschuldung besteht:¹¹² Eher werden also Schulden aufgenommen, als sich dem Hartz-IV Regime zu unterwerfen. Auch Ängste vor Eingriffen der Jobcenter in das Privatleben zeigen Wirkung und führen zur Nichtinanspruchnahme von »Hartz IV«, so argwöhnt einer der Befragten: »Man muss das Innerste nach außen kehren, da wird man ja wirklich überwacht.« Ein weiterer Grund für den Verzicht auf »Grundsicherung« scheinen Befürchtungen, prekärer Beschäftigung zugewiesen zu werden: »Meistens ist es so, dass man da so Zeitarbeitssachen kriegt und so, und mein Mann, der wollte in sowas nun überhaupt nicht rein, der will nicht ständig hin und her geschubst werden.«¹¹³

Aktuell ist im Hinblick auf die Entsicherungspolitik keine Trendumkehr in Sicht. Zwar gelten seit kurzem einige neue Beschränkungen für den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen; auch werden aktuell Verbesserungen bei der Arbeitslosenver-

110 Vgl. Betzelt 2014; Betzelt et al. 2017.

111 Das an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin angesiedelte und von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt beinhaltet Lebensverlaufsanalysen mithilfe des Panels »Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung« (PASS) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie 19 biografische Interviews mit einem sozialstrukturell und regional variierenden Sample. Vgl. www.boeckler.de/11145.htm?projekt=2014-737-3 (Zugriff vom 22.02.2017); Betzelt et al. 2017.

112 Vgl. dazu *fessud.eu* (Zugriff vom 18.04.2017) sowie Santos et al. 2017. Die Studie belegt zudem, dass die arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen von deutschen Befragten besonders kritisch bewertet werden.

113 Der Anteil der Nichtinanspruchnahme von SGB-II-Leistungen aus solchen und anderen Gründen (wie zum Beispiel Informationsmangel) wird auf etwa 40 Prozent geschätzt (vgl. Bruckmeier et al. 2013).

sicherung diskutiert. Gleichzeitig signalisiert das Anfang 2017 in Kraft getretene 9. SGB-II-Änderungsgesetz eher Kontinuität beim bisherigen Sanktionsregime: noch umfangreichere und vier Jahre lang mögliche Sanktionen (mit Leistungskürzungen von 30 Prozent), Rückforderungen sogar von Lebensmittelgutscheinen beziehungsweise deren Verrechnung mit künftigen Leistungen und nicht zuletzt eine massive Einschränkung der Widerspruchs- und Korrekturmöglichkeiten von Leistungsbeziehenden gegen die Bescheide der Jobcenter. Die als »Rechtsvereinfachung« dargestellte Reform dient der reibungsloseren Durchsetzung des Sanktionsregimes und macht zugleich »viele Dinge komplizierter, belastet Leistungsberechtigte zusätzlich und verschärft die heute schon vorhandene Unwucht zuungunsten der Leistungsberechtigten.«.¹¹⁴ Sie dürfte also Ängste und Unsicherheiten weiter erhöhen.

Angstmobilisierung und Reformen bei der Alterssicherung

Auch im Bereich der Alterssicherung hat es einschneidende Veränderungen in den maßgeblichen *institutionellen Arrangements* gegeben. Im Zuge einer Abschmelzung der staatlichen Säule, die auf dem Umlageverfahren, festen Lohnersatzraten und einem partiellen Sozialausgleich basierte, ist das Prinzip der Lebensstandardsicherung faktisch aufgekündigt worden; gleichzeitig konzentriert sich die Rentenpolitik immer mehr auf die Modalitäten der Vorsorgeförderung¹¹⁵ sowie Fragen der Grundsicherung im Alter.¹¹⁶ Damit vollzieht sich eine Entsicherung des Ruhestands: Erstens kann zukünftig ein deutlich wachsender Teil der Bevölkerung mit Rentenzahlungen nur mehr auf dem Niveau der Grundsicherung rechnen.¹¹⁷ Zweitens dürften die Erträge aus der kapitalgedeckten Vorsorge, sofern eine solche überhaupt vorhanden ist,¹¹⁸ meist geringfügig ausfallen. Drittens sind die Ertragsaussichten auch im Falle umfassenderer Investitionen in Sparverträge düster: Selbst daran, dass sich die Nominalgarantie auf eingezahlte Beiträge (bei Riester-Verträgen) und der (auf mittlerweile 0,9 Prozent abgesenkte) Garantiezins bei Lebensversicherungen halten lassen, wird heute öffentlich gezweifelt.

All dies ist für Menschen im mittleren Alter durchaus antizipierbar, auch wenn sie ihren tatsächlichen Versorgungsstatus im Ruhestand nicht genau kennen können (da er von verschiedenen, teilweise unkalkulierbaren Bedingungen abhängt). Die oben beschriebenen Entwicklungen am Arbeitsmarkt spielen hier eine wichtige

114 Sell 2016, S. 6.

115 Vgl. Köppe 2015, S. 203 ff.

116 Vgl. Brettschneider 2012.

117 Vgl. zu den Auswirkungen der Reformen Fachinger, Schmähl 2015. Die sogenannte Nettostandardrente vor Steuern lag 1980 (nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung) bei 58 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes in der abhängig beschäftigten Erwerbsbevölkerung zum Zeitpunkt der Verrentung, 2040 wird dieser Wert (*ceteris paribus*) bei 40 Prozent liegen. Und: Schon heute beziehen nur 17 Prozent der Männer und ein Prozent der Frauen Renten über 1.500 €. Zukünftig wird eine ununterbrochene Erwerbstätigkeit von mehr als 30 Jahren benötigt, um eine Rente auf Hartz IV-Niveau zu erreichen.

118 Gegenwärtig fehlt bei ca. 30 Prozent der Erwerbstätigen jegliche Zusatzabsicherung.

Rolle: Besonders für Beschäftigte aus dem Niedriglohnsektor sowie Personen mit Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie ist Altersarmut ein realistisches Szenario.¹¹⁹ In der besser gestellten Mitte werden Einschränkungen des Lebensstandards im Alter – also sozialer Abstieg – vorstellbar, sofern jenseits von selbst genutztem Wohneigentum kein größeres Vermögen nutzbar ist. Heute im Erwerbsleben stehende Menschen sind damit konfrontiert, dass in ferner Zukunft stattfindende Marktbewegungen für die Existenzgrundlagen des Alters ausschlaggebend sein werden. Dass diesbezüglich hohe *Risiken* bestehen, dürfte vielen – angesichts des aktuellen Niedrigzinsumfelds – nicht verborgen bleiben. Die Aussicht auf einen Statusverlust im Alter wird mithin zum Nährboden für sehr konkrete Zukunftssorgen, was durch Umfragen bestätigt wird.¹²⁰

Die vorherrschenden *Diskurse* in den Leitmedien und in der politischen Öffentlichkeit verweisen auch hier auf Angstmobilisierung. Im Zentrum stand und steht das Narrativ demografischer Lasten sowie die damit verbundene These von der Untragbarkeit erhöhter Sozialabgaben (auch für die gesetzliche Rentenversicherung) im globalisierten Standortwettbewerb. Der Tenor des Diskurses ging und geht auch hier in Richtung *Aktivierung*: Die Menschen sollen nunmehr eigenständig nach (scheinbar) optimalen Möglichkeiten der Altersversorgung suchen; denjenigen, die nicht am Vorsorgemarkt tätig werden, wird – auch in der Werbung der Finanzbranche – mitgeteilt, dass sie im Ruhestand mit erheblichen Einkommensabstrichen rechnen müssen.¹²¹

Zumindest teilweise greift das Aktivierungsregime: Mittlerweile sind weit über 16 Millionen Riester-Verträge abgeschlossen worden, wobei das Vertragsgeschäft seit einiger Zeit stagniert. Insbesondere Angehörige der Mittelschicht haben stark in die kapitalgedeckte Daseinsvorsorge investiert. Gleichzeitig stößt die massive – zusammen mit durch permanent vorgetragene Zweifel an der Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung transportierte – Aufforderung zum Engagement bei der privaten Vorsorge auf Glaubwürdigkeitsprobleme: Fehlende Leistungstransparenz, Bankenkrise und langfristige Zinsflaute vermitteln den BürgerInnen, dass dieses Alternativmodell hochgradig störungsanfällig ist.¹²² Mit dieser Erfahrung aber erscheint das zukünftige Alterssicherungsniveau *mehr denn je* unkalkulierbar.¹²³

119 Vgl. Vogel et al. 2013.

120 Vgl. Götte et al. 2015.

121 Vgl. Marschallek 2004; Wehlau 2009; Bode, Wilke 2014, S. 75 ff.; Schmitz, Friedrich 2016.

122 Vgl. auch Blank 2016.

123 Dies wird durchaus so wahrgenommen: 59 Prozent der BundesbürgerInnen äußerten in einer Befragung von Allensbach von Anfang 2016 (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. Januar 2016) »große Sorgen«, dass die Rente nicht sicher ist. Laut ARD-Deutschlandtrend vom April 2016 meinen zwei Drittel, die Politik könne Altersarmut nicht verhindern.

Bode und Wilke¹²⁴ beschreiben unter Verwendung von Ergebnissen qualitativer Interviews verschiedene Formen der *subjektiven Verarbeitung* dieser Drucksituation (auch) im Hinblick auf ihre emotionale Dimension. Eine erste Option scheint hier die Flucht nach vorn: in die explizite Betonung individueller Selbstverantwortung. Bei einer Probandin, die umfassend privat vorgesorgt hat, klingt dies so: »Ein bisschen unsicher macht natürlich die ganze Bankensituation [...], aber ich bin für mich verantwortlich, und ich muss schon sehen, wie ich für mich dann quasi klarkomme.« Das oben erwähnte Modell des aktiven Erwerbsbürgers kommt hier also ebenfalls zur Geltung. Es finden sich auch Konstellationen, in denen die Aktivierung folgenlos bleibt (weil auf Vorsorge verzichtet wird), Angst aber *keine* Rolle spielt. Für den Umgang mit Unsicherheit gibt es hier spezielle Ressourcen, wie etwa das Selbstvertrauen ins eigene Humankapital: »Ich denk', wenn man studiert ist, hat man vielleicht eher noch die Chance, der Altersarmut zu entgehen.« Oder es besteht ein Restvertrauen in politische Regulierung: »Eigentlich macht's mir nicht besonders viel Angst, weil [...] in unseren Staat habe ich jetzt mal relativ viel Vertrauen oder zumindest mehr als in diese Finanz- oder Kapitalmärkte.«

In anderen Fällen misslingt die Aktivierung »aufgrund vieler Meinungen und Diskussionen und einer eigentlich nicht endenden Skepsis von verschiedenen Leuten«, die »irgendwann so eine gewisse Grundunsicherheit« auslöst. Man bleibt inaktiv, Angst hat hier eine lähmende Funktion. Besonders interessant ist eine vierte Form der Verarbeitung der oben genannten Drucksituation: Hier greift eine spezifische Verknüpfung von internalisiertem Aktivierungsdruck und diffusen Ohnmachtsgefühlen. Symptomatisch dafür ist folgende Reflektion eines Interviewpartners: »In unsicheren Zeiten weiß man einfach nicht, wie sie [die Altersvorsorge] sich entwickelt [...]. Das [...] macht mir schon ein bisschen Angst, dass ich das hinkriege. [...] Ich hab' so ein bisschen das Gefühl, ich sitz auf heißen Kohlen, jetzt muss ich was machen.« Eine Probandin sagt, sie habe »irgendwie Angst [...] vor Altersarmut«, was dazu führe, dass, »vielleicht auch einfach fürs schlechte Gewissen, [...] man sich dann selbst irgendwie ein bisschen da eindeckt« – und zwar mit einem Riester-Vertrag, an dessen Einträglichkeit sie zweifelt. Man sorgt vor wegen der vielen »Unkenrufe« (wie es ein weiterer Gesprächspartner ausdrückt) – ob »in ausreichendem Maße oder nicht, das weiß kein Mensch«. Mitunter helfen Finanzinstitutionen nach: Eine der Befragten erklärt, sie habe sich (berufsbiografisch) »für ein Lebensmodell entschieden, das wirklich zu Altersarmut führt«, und fährt fort: »Durch irgendein Gespräch ist mal mein Optimismus auf Riestern sehr hinterfragt worden [...]; ich war dann zu faul oder zu bequem oder zu ängstlich. [...] [Später] habe ich mich dann dafür begeistern lassen, dass ich irgendwelche Freibeträge oder Kinderzuschläge [bekomme].« Die Finanzberatung schürt – wie ein anderer Proband formuliert – »natürlich auch Angst, was man nicht alles auch machen und

124 Vgl. Bode, Wilke 2014, S. 177 ff. Das Folgende basiert auf Auswertungen von Tiefeninterviews mit 18 ProbandInnen (aus dem Jahr 2013). Befragt wurden akademisch gebildete Erwachsene (weil Restriktionen jenseits von Bildungsferne und Einkommensarmut beleuchtet werden sollten).

worum man sich kümmern müsste«, sodass das Gefühl entsteht, »es reicht nicht, im Alter, dieses Riestering muss ich einfach mal erhöhen«.

Ein einflussreicher, von Finanzmarktakteuren gestützter Aktivierungsdiskurs bei unklaren Anreizstrukturen einerseits, das Fehlen anwendbarer Regeln sowie ein Gefühl der Ohnmacht andererseits – diese Gemengelage mündet in Lethargie oder meist achselzuckende Risikoakzeptanz. Die Erfahrung genereller Unsicherheit provoziert vielfach ein »Sich-Treiben-Lassen« ohne Kompass. Die Aktivierungsagenda als solche bleibt unwidersprochen – obwohl sich, wie repräsentative Studien zeigen, selbst die jüngere Generation ernste Sorgen um die soziale Sicherheit im Alter macht.¹²⁵

Aktuelle Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit deuten darauf hin, dass die Unruhe wächst. Einige Reformkorrekturen sind im Gespräch, manche bereits erfolgt (mit Verbesserungen für kleine Teilgruppen wie Eltern mit vor 1992 geborenen Kindern, langjährig Berufstätige sowie Ältere mit verminderter Erwerbsfähigkeit). Diskutiert wird derzeit vor allem die Begrenzung des durch die skizzierten Umstellungen vorprogrammierten Absturzes der Einkommensersatzrate. Konkrete Maßnahmen in diese Richtung sind bislang allerdings ausgeblieben. Vielmehr verweisen aktuelle Reformprojekte vor allem auf ein »Mehr vom Selben«, nämlich: höhere Zulagen für private Vorsorge sowie eine breitere Förderung der betrieblichen Altersversorgung, bei der indes Auszahlungszusagen abgeschafft oder stark eingeschränkt werden sollen. Die Aktivierungsagenda wird hier also nur verlagert, und die Angst(mobilisierung) bleibt im Spiel.

Quintessenzen: Angstmobilisierung und katalysatorische Effekte

Wir haben es also in beiden Feldern mit einer *Mobilisierung von Ängsten* auf verschiedenen Ebenen (institutionell, diskursiv, subjektiv) zu tun. Inwiefern dies von den herrschenden Eliten strategisch bezweckt wird beziehungsweise wurde, müssten weitere (historische) Untersuchungen klären. Offensichtlich ist, dass mit drohenden Wohlstandsverlusten argumentiert wurde, um Reformen durchzusetzen, so wie auch Verkäufer privater Rentensparpläne regelmäßig das bedrohliche Szenario einer Versorgungslücke im Alter an die Wand malen. Ähnlich wie es die oben umrissenen Theorien der Versicherheitlichung der Gegenwartsgesellschaft beschreiben, verbreitet ein Geflecht politischer und medialer Diskurse bei den Angesprochenen ein Unsicherheitsgefühl, für dessen Bewältigung es kein anderes Rezept als individuelle Aktivierung zu geben scheint.

Es spricht einiges dafür, dass die so mobilisierte Angst *katalysatorische Effekte* hat: Mit dem, was, wie hier skizziert, institutionell implementiert und im Politikdiskurs beziehungsweise in der (ver)öffentlich(t)en Meinung argumentativ unterfüttert wird, passiert eine aus der Perspektive von größeren Teilen der Bevölkerung schädliche Reformagenda den Filter der Wählerdemokratie – und zwar scheinbar ohne toxische Wirkungen für die Vitalität des liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus. Wie unsere Fallstudien zeigen, wird *konformistische Anpassung* an die Akti-

125 Vgl. Hurrelmann et al. 2016.

vierungsagenden teilweise von *Lethargie* begleitet. Die Furcht vor Wohlstandsverlusten und Marginalisierung, die permanente Aufforderung zum »Aktivwerden« sowie das diffuse Gefühl von Alternativlosigkeit – all dies dürfte maßgeblich dazu beitragen, dass die große Mehrheit der Betroffenen Entsicherung bislang weitgehend toleriert hat.

Allerdings scheint letztlich kein kognitives Schema¹²⁶ verfügbar, das einen konstruktiven Umgang mit dieser Gemengelage ermöglicht. Besonders Personen, die ihren sozialen Status im Ruhestand gefährdet sehen (müssen), sowie Menschen in Übergangszonen zwischen Beschäftigung und Erwerbslosigkeit beziehungsweise im Grundsicherungsbezug, die Autonomieverluste vor Augen oder bereits erlebt haben, befinden sich – angesichts potenzieller Stigmatisierung, drohenden sozialen Abstiegs oder unkalkulierbarer Zukunftsrisiken – im Dilemma von Handlungsdruck und Ratlosigkeit. Ohne Optionen zur Gewinnung von Sicherheit entsteht hier schnell ein Gefühl der Überforderung. Ängste werden vor allem dort akut, wo bedrohlich wirkende institutionelle Dispositive auf unsichere soziale Lagen treffen. Zugleich wurzeln sie in politischen beziehungsweise medialen Botschaften, die Gefahren beschwören und nur risikoreiche(re) oder psychisch belastende Ausweichstrategien anbieten. Ersteres generiert massive *Kontrollverluste*, letzteres mündet in die Erfahrung *ambiguitätsträchtiger Reizkonfigurationen*, das heißt die Wahrnehmung, dass Handlungsdruck besteht, erfolgversprechende Lösungen hingegen rar sind.

3. Fazit

Eine sozialwissenschaftliche Perspektive auf Angstmobilisierung im Wandel des Wohlfahrtskapitalismus kann helfen, sowohl die Reibungslosigkeit, mit der dieser Wandel sich vollzieht, als auch die Fallstricke, die er bereithält, besser zu verstehen. Die (scheinbare) Erfolgsstory ökonomischer Liberalisierung sowie die sie begleitende Dramaturgie multipler Entsicherung erscheinen so in einem neuen Licht; überdies gewinnt man Hinweise auf mögliche Langzeitfolgen.

Angstmobilisierung ist integraler Bestandteil (re-kommodifizierender) Entsicherungspolitik im heutigen liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus. Die die Reformpolitik begleitende Entsicherung trifft vielfach auf ohnehin unsichere Lebensverhältnisse; und sie ängstigt besonders diejenigen, die dem sozialen Abstieg »ins Auge sehen«. Eine wahrscheinliche Reaktion bei den Adressaten ist die Unterwerfung unter die Aktivierungsagenda – auch im Modus lethargischer Hinnahme. Angstmobilisierung hat somit katalysatorische Effekte, die sich für die Systemintegration des liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus als *funktional* erweisen. Dieser scheint trotz der Enttäuschung manifester Sicherheitserwartungen zu florieren, die Re-kommodifizierung von Arbeitskraft und sozialer Sicherung reibungslos vonstatten zu gehen. Und wengleich sich manches im Selbstlauf sozialen und ökonomischen Wandels vollzieht, liegt es auf der Hand, dass Angstmobilisierung wirtschaftliche

126 Im Sinne von Vester 1991, S. 156.

(und bestimmte politische) Eliten dabei unterstützt, eigene Interessen und Wertvorstellungen durchzusetzen.

Die mit der Entsicherungspolitik verknüpfte Angstmobilisierung erzeugt allerdings mitunter gravierende Kontrollverluste: Die Willkür der Grundsicherungsbürokratie oder auch des Finanzmarkts werden als unklar strukturierte, ambiguitäts-behaftete Risiken erfahrbar, mit denen man nur begrenzt autonom umgehen kann. Die durch die Aktivierungsgagenden angereizten Verhaltensoptionen erscheinen ebenso alternativ- wie erfolglos; der Perspektive auf einen statusgefährdenden oder armutsgeprägten Ruhestand und der Konfrontation mit der Eventualität eines stigmatisierten Lebens in der »Grundsicherung« können jedenfalls viele nicht entrin- nen. Die offensichtliche Enttäuschung von Sicherheitserwartungen an den Wohl- fahrtskapitalismus strapaziert so dessen Legitimationshaushalt nachhaltig.¹²⁷

Wenn jedoch unerfüllte Sicherheitsansprüche und Entsicherungserfahrungen vor allem über negative, Stress generierende Emotionen miteinander vermittelt werden, drohen erratische Reflexe. Die oben rezipierten affekttheoretischen Ansätze legen für einen solchen Fall ein Umschlagen in einen Respons nahe, der jenseits rationaler Reaktionen liegt und sich beispielsweise als blinder Unmut gegenüber Gruppen mit geringerem Sozialstatus (etwa Flüchtlinge) auslöst. Derartige Verbindungen zwischen den hier beleuchteten Dynamiken der Angstmobilisierung und dem eingangs erwähnten Unruhezustand sind auch im historischen Vergleich gut nachvollziehbar. Eine von Entsicherungspolitikern getriebene Angstmobilisierung kann sich mithin für die Sozialintegration der Gegenwartsgesellschaft als verhängnisvoll erweisen. Sie begünstigt die Ausbildung bislang ungekannter Polarisierungen, zum Beispiel in Form einer offene(re)n Unterstützung demokratiefeindlicher politischer Strömungen,¹²⁸ einer aggressiven Mentalität der sozialen Abgrenzung nach unten¹²⁹ oder eines verrohten Umgangs zwischen Bevölkerungsgruppen in Konflikten mit (vermeintlichen) Sündenböcken bis hin zu dem, was Heitmeyer¹³⁰ als »gewaltförmige Desintegration« bezeichnet.

Möglicherweise sind wir nicht mehr weit entfernt von einem Punkt, an dem die Funktionalität der Angstmobilisierung umschlägt in Funktionsstörungen, die auch auf die wirtschaftliche Dynamik des liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus durchschlagen, also die *Systemintegration* angreifen. Gewiss erscheinen aktuell – in Zeiten einer (vorwiegend exportgetriebenen) Hochkonjunktur – die Arbeitsmarktrisiken für viele weniger virulent. Doch dies bremst die in diesem Beitrag beschriebenen Dynamiken nur partiell, verharnt doch die prekäre Beschäftigung weiterhin auf hohem Niveau, während sich die Probleme der Alterssicherung eher noch zuspitzen. Generell – und vor allem darauf stellt unsere Analyse ab – spielen für die Entwicklung des Wohlfahrtskapitalismus nicht nur materielle Größen eine Rolle, also etwa das Einkommens- und Vermögensgefälle oder Arbeitsmarktchancen, sondern auch

127 Vgl. Nullmeier et al. 2009; Heinrich et al. 2016.

128 Vgl. Decker et al. 2016.

129 Vgl. Münkler 2016.

130 Vgl. Heitmeyer 2012, S. 27.

emotionale Faktoren. Denn die Legitimation des Arrangements von Kapitalismus und Demokratie hängt ganz wesentlich mit der Art zusammen, wie das relationale Gefüge einer Gesellschaft erlebt wird.¹³¹ Soziale Ängste befördern zwar zuweilen politische Passivität, doch irgendwann erzeugen sie erratische Reaktionen, die die Geschäftsgrundlagen des Wohlfahrtskapitalismus angreifen – spätestens dann sind sie selbst für die Eliten in Politik und Wirtschaft fatal und nicht mehr funktional.

Literatur

- Ahrens, Jörn 2013. »Soziologie der Angst«, in *Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch*, hrsg. v. Koch, Lars, S. 61-70. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Ames, Anne 2007. »*Ich hab's mir nicht ausgesucht ...*« *Die Erfahrungen der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II*. Studie im Auftrag des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Mainz: ZGV.
- Anhut, Reimund; Heitmeyer, Wilhelm 2005. »Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse«, in *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, hrsg. v. Anhut, Reimund; Heitmeyer, Wilhelm, S. 75-100. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bauman, Zygmunt 2006. *Liquid fear*. Cambridge: Polity Press.
- Becker, Jens; Gulyas, Jennifer 2012. »Armut und Scham – über die emotionale Verarbeitung sozialer Ungleichheit«, in *Zeitschrift für Sozialreform* 58, 1, S. 83-99.
- Behrend, Olaf 2013. »Zu aktivierenden Gefühlspraktiken und -semantiken von MitarbeiterInnen deutscher Arbeitsämter«, in *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 38, 2, S. 149-165.
- Betzelt, Sigrid 2014. »Die kosteneffiziente ›Aktivierungsstrategie‹ Arbeitsloser ohne Leistungsanspruch – Exklusion statt Inklusion, vor allem von Frauen«, in *Sozialer Fortschritt* 63, 7, S. 162-170.
- Betzelt, Sigrid; Ebach, Mareike; Schmidt, Tanja; Kedenburg, Olga 2017. »Individuelle Autonomie im Status Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug? Eine empirische Analyse«, in *Zeitschrift für Sozialreform* 63, 2 (im Erscheinen).
- Blank, Florian 2016. »Einstieg in den Ausstieg? Die Entwicklung der Förderung der Riester-Rente«, in *Sozialer Fortschritt* 65, 4, S. 97-102.
- Bode, Ingo; Wilke, Felix 2014. *Private Vorsorge als Illusion. Rationalitätsprobleme des neuen deutschen Rentenmodells*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Bothfeld, Silke; Rosenthal, Peer 2014. »Paradigmenwechsel durch inkrementellen Wandel: Was bleibt von der Arbeitslosenversicherung?«, in *WSI Mitteilungen* 67, 3, S. 199-206.
- Brettschneider, Antonio 2012. »Legitimitätsprobleme der ›Basissicherung‹. Die deutsche Alterssicherungspolitik nach dem Paradigmenwechsel«, in *Zeitschrift für Sozialreform* 58, 2, S. 149-173.
- Bridgen, Paul; Meyer, Traute 2014. »The liberalisation of the German social model: public-private pension reform in Germany since 2001«, in *Journal of Social Policy* 43, 1, S. 37-68.
- Bruckmeier, Kerstin et al. 2013. *Simulationsrechnungen zum Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung*. IAB Kurzbericht 5. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Bude, Heinz 2014. *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Burzan, Nicole 2014. »Gefühlte Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49, S. 17-23.
- Butterwegge, Christoph 2015. *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?* Weinheim: Beltz Juventa.
- Buzan, Berry; Waeber, Ole; Wilde, Jaap de 1998. *Security. A new framework for analysis*. London, Boulder: Lynne Rienner Publishers.

131 Vgl. Fraser 2003; Nussbaum 2006; Wilkinson, Pickett 2009.

- Castel, Robert 2008. *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Decker, Oliver; Kiess, Jörg M.; Brähler, Eva 2016. *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016*. Leipzig: Universität Leipzig, Otto-Brenner Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa Luxemburg-Stiftung.
- Delhees, Karl H. 1994. *Soziale Kommunikation. Psychologische Grundlagen für das Miteinander in der modernen Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dehne, Max 2017. *Soziologie der Angst. Konzeptuelle Grundlagen, soziale Bedingungen und empirische Analysen*. Wiesbaden: Springer VS
- Deutscher Bundestag 2003. *Plenarprotokoll der 32. Sitzung*. 14. März 2003, 15. Wahlperiode. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Dingeldey, Irene; Holtrup, André; Warsewa, Günter. Hrsg. 2015. *Wandel der Governance der Erwerbsarbeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dörre, Klaus 2006. »Prekäre Arbeit und soziale Desintegration«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/41, S. 7-14.
- Dörre, Klaus 2010. »Hartz-Kapitalismus. Vom erfolgreichen Scheitern der jüngsten Arbeitsmarktreforemen«, in *Deutsche Zustände*, Folge 9, hrsg. v. Heitmeyer, Wilhelm, S. 294-305. Berlin: Suhrkamp.
- Dörre, Klaus et al. 2013. *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Erlinghagen, Marcel 2010. *Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin, No. 279. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Erlinghagen, Marcel; Lübke, Christiane 2015. »Arbeitsplatzunsicherheit im Erwerbsverlauf. Eine Sequenzmusteranalyse westdeutscher Paneldaten«, in *Zeitschrift für Soziologie* 44, 6, S. 407-425.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fachinger, Uwe; Schmähl, Winfried 2015. *Absicherung im Alter. Diskurse und Perspektiven*. Münster: LIT Verlag.
- Fehr, Sonja 2016. »Gefangen in Arbeitslosigkeit? (Des-)Integrationsprozesse im Zuge der Hartz-Reformen in Deutschland«, in *Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde*, hrsg. v. Aschauer, Wolfgang; Donat, Elisabeth; Hofmann, Julia, S. 149-169. Wiesbaden: Springer VS.
- Foroutan, Naika 2016. »Nationale Bedürfnisse und soziale Ängste«, in *Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik in der Gegenwart*, hrsg. von Castro Varela, Maria do Mar; Mecheri, Paul, S. 97-106. Bielefeld: transcript.
- Fraser, Nancy 2003. »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung«, in *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politischphilosophische Kontroverse*, hrsg. v. Honneth, Axel; Fraser, Nancy, S. 13-128. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fregin, Marie-Christine 2013. *Generation Ungewiss – Berufseinsteiger auf dem Weg ins Abseits? Empirische Vergleiche zur Chancenentwicklung von befristet beschäftigten Arbeitsmarkteinsteiger/innen*. SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Fritsche, Karl-Peter 1997. »Stressgesellschaften und Xenophobie«, in *Vom Umgang mit Fremden. Hintergrund, Definitionen, Vorschläge*, hrsg. v. Bizeul, Yves; Bliesener, Ulrich; Prawda, Marek, S. 60-77. München, Weinheim: Juventa.
- Furedi, Frank 2005. *Politics of fear. Beyond left and right*. London: Continuum International Publishing Group.
- Götte, Sebastian; Aproxima Sozialforschung; Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015. *Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland. Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung »ARB-Survey 2015«*. Weimar: Aproxima.
- Gefken, Andreas; Stockem, Franziska; Böhnke, Petra 2015. »Subjektive Umgangsformen mit prekärer Erwerbsarbeit – Zwischen Orientierung an und Ablösung von der Normalarbeitsgesellschaft«, in *Berliner Journal für Soziologie* 25, 1, S. 111-131.

- Grabka, Markus et al. 2016. »Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland«, in *DIW Wochenbericht* 18, S. 391-402.
- Grimm, Natalie; Hirsland, Andreas; Vogel, Berthold 2013. »Die Ausweitung der Zwischenzone. Erwerbsarbeit im Zeichen der neuen Arbeitsmarktpolitik«, in *Soziale Welt* 64, 3, S. 249-268.
- Groh-Samberg, Olaf 2014. »No Way Out – Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland«, in *Sozialer Fortschritt* 63, 12, S. 307-314.
- Gundert, Stefanie; Hohendanner, Christian 2011. *Leiharbeit und befristete Beschäftigung. Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs*. IAB Kurzbericht 4. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Habermas, Jürgen 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hassel, Anke; Schiller, Christof 2010. *Der Fall Hartz IV. Wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Haubl, Rolf 2017. »Die Angst in der Moderne – das Gefühl persönlich zu versagen oder sogar nutzlos zu sein«, in *Modernes Leben – Leben in der Moderne*, hrsg. v. Busse, Stefan; Beer, Kornelia, S. 83-100. Wiesbaden: Springer VS.
- Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. 2016. *Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Heitmeyer, Wilhelm 2012. »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entscherten Jahrzehnt«, in *Deutsche Zustände*, Folge 10, hrsg. v. Heitmeyer, Wilhelm, S. 15-41. Berlin: Suhrkamp.
- Hepp, Rolf; Riesinger, Robert; Kergel, David. Hrsg. 2016. *Verunsicherte Gesellschaft. Prekariisierung auf dem Weg in das Zentrum*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hitzler, Ronald 2004. »Die unschuldige Mündigkeit und ihre ungeliebten Folgen. Zur Überforderung des Sozialstaats durch den mündigen Bürger«, in *Scheitern. Aspekte eines sozialen Phänomens*, hrsg. v. Junge, Matthias; Lechner, Götz, S. 167-179. Wiesbaden: Springer VS.
- Hoffmann, Isabell B. 2016. *Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hofmann, Jana 2016. »Abstiegsangst und ›Tritt nach unten‹? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs«, in *Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde*, hrsg. v. Aschauer, Wolfgang; Donat, Elisabeth; Hofmann, Julia, S. 237-257. Wiesbaden: Springer VS.
- Hurrelmann, Klaus; Karch, Heribert; Traxler, Christian. Hrsg. 2016. *Jugend, Vorsorge, Finanzen. Zwischen Eigenverantwortung und Regulierung*. Weinheim: Juventa.
- Hürtgen, Stefanie; Voswinkel, Stephan 2014. *Nichtnormale Normalität. Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte*. Berlin: edition sigma.
- Hyll, Walter; Schneider, Lutz 2016. *Social comparisons and attitudes towards foreigners. Evidence from the »fall of the iron curtain«*. IWH Discussion Papers No. 12. Halle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle.
- Junge, Matthias 2014. »Scheitern in Moderne und Postmoderne«, in *Scheitern – Ein Desiderat der Moderne?*, hrsg. v. John, René; Langhof, Antonia, S. 11-24. Wiesbaden: Springer VS.
- Jukschat, Nadine 2016 »›Tja, darf eben nicht dazwischen kommen‹. Formen des Umgangs mit Armut trotz Arbeit«, in *Lebenslagen am Rande der Erwerbsgesellschaft*, hrsg. v. Sammet, Kornelia; Bauer, Frank; Erhard, Franz, S. 230-249. Weinheim, Basel: Beltz.
- Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia 2015. *Niedriglohnbeschäftigung 2013: Stagnation auf hohem Niveau*. IAB Report 3. Universität Duisburg-Essen.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2003. »Ambivalenzen der sozialen Sicherheit«, in *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002*, hrsg. v. Allmendinger, Jutta, S. 114-133. Opladen: Leske + Budrich.
- Kaufmann, Matthias 2013. *Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kettner, Anja; Rebien, Martina 2011. »Die Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten nach den Hartz-Reformen«, in *WSI-Mitteilungen* 64, 5, S. 218-225.
- Kirsch, Guy 2005. »Statt eines Vorworts: Angst – lebendig und (noch) totgeschwiegen«, in *Angst vor Gefahren oder Gefahren durch Angst? Zur politischen Ökonomie eines verdrängten Gefühls*, hrsg. v. Kirsch, Guy, Einleitung. Zürich: NZZ libro.

- Kleres, Jochen; Albrecht, Yvonne. Hrsg. 2015. *Die Ambivalenz der Gefühle. Über die verbindende und widersprüchliche Sozialität von Emotionen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Knuth, Matthias 2014. *Arbeitsmarktreformen und »Beschäftigungswunder« in Deutschland*. Expertise für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Gruppe Arbeitnehmer. Brüssel. www.eesc.europa.eu/gr2 (Zugriff vom 17.04.2016).
- Kocka, Jürgen; Merkel, Wolfgang 2015. »Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch«, in *Demokratie und Krise*, hrsg. v. Merkel, Wolfgang, S. 308-337. Wiesbaden: Springer VS.
- Köppe, Stephan 2015. *Wohlfahrtsmärkte. Die Liberalisierung in Bildung und Rente in Deutschland, Schweden und den USA*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Kroh, Martin; Fetz, Karolina 2016. »Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit der Gründung der Partei deutlich verändert«, in *DIW Wochenbericht* 34, S. 711-719.
- Laffan, Michael; Weiss, Max. Hrsg. 2012. *Facing fear. The history of an emotion in global perspective*. Princeton: Princeton University Press.
- Lengfeld, Holger; Hirschle, Jochen 2009. »Die Angst der Mittelschichten vor dem Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984-2007«, in *Zeitschrift für Soziologie* 38, 5, S. 379-398.
- Lengfeld, Holger; Ordemann, Jessica 2016. *Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg revisited. Eine Längsschnittanalyse 1984-2014*. DIW SOEppapers on Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Lenhardt, Gero; Offe, Claus 1977. »Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik«, in *Soziologie und Sozialpolitik. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 19, hrsg. v. Ferber, Christian von; Kaufmann, Franz-Xaver, S. 98-127. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Lessenich, Stephan 2013. *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. 3. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Lockwood, David 1964. »Social integration and system integration«, in *Explorations in social change*, hrsg. v. Zollschan, Georg; Hirsch, Walter, S. 244-257. Boston: Houghton Mifflin.
- Lohmann-Haislah, Andrea 2012. *Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden*. Dortmund, Berlin, Dresden: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 2015. »Arbeitsmarktpolitik aus sozialwissenschaftlicher Sicht: Zur Spannung zwischen »Dekommodifizierung« und »Rekommodifizierung««, in *Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Bundessozialgericht und Sozialstaatsforschung*, Band 2, hrsg. v. Masuch, Peter et al., S. 377-393. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Marschallek, Christian 2004. »Die »schlichte Notwendigkeit« privater Altersvorsorge«, in *Zeitschrift für Soziologie* 33, 3, S. 285-302.
- Massumi, Brian 2002. *Parables for the virtual. Movement, affect, sensation*. Durham, London: Duke University Press.
- Mau, Steffen 2012. *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. Hrsg. 2015. *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Metz, Markus; Steeßlen, Georg 2016. *Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge*. Berlin: Bertz + Fischer.
- Münkler, Herfried 2016. »Die Mitte und die Flüchtlingskrise«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66, 14-15, S. 3-8.
- Nachtwey, Oliver 2016. *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Neckel, Sighard 1991. *Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Nullmeier, Frank; Köppe, Stephan; Friedrich, Jonas 2009. »Legitimationen in der Sozialpolitik«, in *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven*, hrsg. v. Obinger, Herbert; Rieger, Elmar, S. 151-190. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Nussbaum, Martha 2006. *Frontiers of justice. Disability, nationality, species membership*. Cambridge, London: Belknap.

- Palier, Bruno; Thelen, Kathleen 2010. »Institutionalizing dualism. Complementarities and change in France and Germany«, in *Politics & Society* 38, 1, S. 119-148.
- Paškow, Marii 2011. »Labour market uncertainty and private pension planning in Europe«, in *Youth on globalised labour markets: rising uncertainty and its effect on early employment and family lives in Europe*, hrsg. v. Blossfeld, Hans-Peter; Bertolini, Sonia; Hofäcker, Dirk, S. 69-92. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Promberger, Markus; Lobato, Ramos 2016. »10 Jahre Hartz IV. Eine kritische Würdigung«, in *WSI Mitteilungen* 69, 9, S. 325-333.
- Rackow, Katja; Schupp, Jürgen; Schewe, Christian 2012. »Angst und Ärger: Zur Relevanz emotionaler Dimensionen sozialer Ungleichheit«, in *Zeitschrift für Soziologie* 41, 5, S. 392-409.
- Raymann, Ursula 2005. »Messung von gesellschaftlichen Ängsten: das gfs Angstbarometer«, in *Angst vor Gefahren oder Gefahren durch Angst? Zur politischen Ökonomie eines verdrängten Gefühls*, hrsg. v. Kirsch, Guy, S. 193-210. Zürich: NZZ libro.
- Reckwitz, Andreas 2016. *Kreativität*. Bielefeld: transcript.
- Sack, Detlef 2014. »Governance und Gouvernementalität – Komplementäres und Distinktes zweier Regierungslehren«, in *Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft. Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault*, hrsg. von Vasilache, Andreas, S. 101-135. Wiesbaden: Springer VS.
- Salentin, Kurt 2002. *Armut, Scham und Stressbewältigung. Die Verarbeitung ökonomischer Belastungen im unteren Einkommensbereich*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Santos, Ana C.; Lopes, Cláudia; Betzelt, Sigrid 2017. »Financialisation and work: inequality, debt and labour market segmentation«, in *World Economy Journal (REM Revista de Economía Mundial)* 17 (im Erscheinen).
- Scherr, Albert 2014. *Kriminalität, innere Sicherheit und soziale Unsicherheit. Sicherheitsdiskurse als Bearbeitung gesellschaftsstrukturell bedingter Ängste*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schimank, Uwe 2015. »Lebensplanung!? Biografische Entscheidungspraktiken irritierter Mittelschichten«, in *Berliner Journal für Soziologie* 25, 1, S. 7-31.
- Schmitz, Jutta; Friedrich, Jonas 2016. »Legitimationsfragen der gesetzlichen Rentenversicherung«, in *Legitimitätspraxis. Politikwissenschaft und soziologische Perspektiven*, hrsg. v. Lemke, Matthias et al., S. 175-206. Wiesbaden: Springer VS.
- Schrep, Bruno 2008. »Die neue Verhöhnung: »Bierdosen sind Hartz-IV-Stelzen««, in *Deutsche Zustände*, Folge 6, hrsg. v. Heitmeyer, Wilhelm, S. 218-223. Berlin: Suhrkamp.
- Sell, Stefan 2016. *Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 30. Mai 2016*. Ausschussdrucksache 18(11)645. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Sommer, Bernd 2010. *Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stangier, Ulrich; Clark, David M.; Ehlers, Anke 2006. *Soziale Phobie*. Göttingen et al.: Hogrefe.
- Streeck, Wolfgang 2015. »Wie wird der Kapitalismus enden? Teil I und II« in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 60, 1/3, S. 109-120, 99-111.
- Tyson, Phyllis; Tyson, Robert L. 2012. *Lehrbuch der psychoanalytischen Entwicklungspsychologie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Turner, Jonathan H. 2006. »Psychoanalytical theories of emotion«, in *Handbook of sociology of emotions*, hrsg. v. Stets, Jan E.; Turner, Jonathan H., S. 276-294. New York: Springer.
- Vester, Heinz-Günter 1991. *Emotion, Gesellschaft und Kultur. Grundzüge einer soziologischen Theorie der Emotionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Vogel, Claudia; Motel-Klingebiel, Andreas. Hrsg. 2013. *Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut*. Wiesbaden: Springer VS.
- Vorländer, Hans; Herold, Maik; Schäler, Steven 2016. *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Weber, Corinna 2015. *Erwerbsorientierungen und Problemlagen junger Erwerbstätiger. Eine soziologische Zeitdiagnose*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wehlau, Diana 2009. *Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilkinson, Richard G. 1999. »Health, hierarchy and social anxiety«, in *Annals of the New York Academy of Sciences*, hrsg. v. Adler, Nancy E. et al., S. 48-63. New York: New York Academy of Sciences.

- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate 2009. *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. 2. Auflage. Hamburg: Hoffmann & Tschömann.
- Wodak, Ruth 2016. *Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien, Hamburg: Edition Konturen.

Zusammenfassung: Obwohl die (ver)öffentlich(t)e Meinung in Deutschland zuletzt viel Zukunftsoptimismus verbreitet hat, verweisen xenophobische Tendenzen oder auch der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte auf Anzeichen einer latenten sozialen Krise. Wir argumentieren, dass diese mit der Liberalisierung des deutschen Sozialmodells zusammenhängt. Diese provoziert Angstzustände, welche Anpassungsbereitschaften erzeugen, aber zugleich die soziale Integration strapazieren. Illustriert wird dies in Fallstudien zur Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

Stichworte: Angst, Deutsches Sozialmodell, Transformation des Wohlfahrtsstaats, Krise, soziale Integration, Diskursanalyse, Bewältigungsstrategien

Functional but fatal? Anxiety mobilisation in liberalised welfare capitalism

Summary: Although Germany is considered exemplary for both its welfare reforms and economic development, it has recently experienced a social crisis epitomized by rising xenophobia and the upswing of a new extreme right-wing party. We argue that this crisis is rooted in the liberalization of Germany's social model. The emotional state of fear which has been provoked, enforces compliance but simultaneously endangers social integration. This is illustrated by two case studies of labor market and pension policies.

Keywords: anxiety, German social model, welfare state transformation, crisis, social integration, discourse analysis, coping strategies

Autoren

Sigrid Betzelt
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Badense Str. 50-51
10825 Berlin
sigrid.betzelt@hwr-berlin.de

Ingo Bode
Universität Kassel
Institut für Sozialwesen
Fachbereich Humanwissenschaften
Arnold-Bode-Str. 10
34109 Kassel
ibode@uni-kassel.de